




Tschernobyl-Schutzhülle: Fertigstellung noch nicht gesichert Deutsche G7-Präsidentschaft bemüht sich um weitere Finanzierungszusagen

Tschernobyl-Schutzhülle: Fertigstellung noch nicht gesichert Deutsche G7-Präsidentschaft bemüht sich um weitere Finanzierungszusagen
Deutschland treibt während seiner G7-Präsidentschaft die Bemühungen um die Fertigstellung des Tschernobyl-Sarkophags voran. Mit einer neuen Schutzhülle über dem havarierten Reaktor in der Ukraine soll eine weitere Gefährdung der Bevölkerung und Umwelt durch radioaktive Strahlung verhindert werden. Doch die Finanzierung des 108 Meter hohen, 162 Meter langen und 257 Meter breiten Betonschirms ist noch immer nicht gesichert: Es fehlen 615 Mio €, um das Projekt vollenden zu können. Auf dem Spiel steht die Zusage der G7 aus dem Jahre 1997, im Gegenzug zur Schließung des AKW Tschernobyl den Standort in einen ökologisch sicheren Zustand zu überführen. Die Zeit drängt, denn die verfügbaren Mittel werden bereits Ende 2014 aufgebraucht sein, jede weitere Verzögerung wirkt kostensteigernd - und vor allem wachsen die Sicherheitsbedenken, da der seinerzeit provisorisch errichtete Sarkophag bereits immer mehr Risse aufweist und einsturzgefährdet ist. Deutschland als derzeitige G7-Präsidentschaft kommt bei der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel eine Schlüsselrolle zu. Die mit der Tschernobyl-Thematik befasste G7-Gruppe für Nuklearfragen (Nuclear Safety and Security Group, NSSG) konnte sich nach intensiven Verhandlungen auf einen Kriterienkatalog einigen, der es nun den G7-Partnern und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ermöglicht, ihre Zahlungen vorzubereiten. Insbesondere galt es durch vertragliche Risikoverteilungen auszuschließen, dass zukünftig weitere substantielle Nachschüsse erforderlich werden. Die EBWE, die von den G7 als Projektmanagerin eingesetzt wurde, wird sich substantiell an der Aufbringung des Fehlbetrages beteiligen. Die Höhe der einzelnen Beiträge steht noch nicht endgültig fest - diese Entscheidung wird letztlich erst auf politischer Ebene fallen können. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Deutschland ist der nuklearen Sicherheit verpflichtet. Wir werden daher einen substantiellen nationalen Beitrag aufbringen und unsere Partner überzeugen, Gleiches zu tun. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der G7, die Atomruine von Tschernobyl dauerhaft in einem Sarkophag von der Umwelt abzuschirmen." Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) Stresemannstraße 128 - 130 10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.